

Council of European Municipalities and Regions
Conseil des Communes et Régions d'Europe
Συμβούλιο των Ευρωπαϊκών Δήμων και Περιφερειών
Consejo de municipios y regiones de Europa
Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
Raad der Europese gemeenten en regio's
Conselho dos municípios e regiões da Europa

| RGRE | Gereonstraße 18 – 32 | 50670 Köln



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum

05.12.2011 / so

Unser Zeichen

81.02.04

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-310

Telefax +49 221 3771-100

E-Mail

walter.leitermann@staedtetag.de

Erfolgreiche Zukunft nur mit einem stärkeren Europa

Finanzkrise zeigt die Notwendigkeit für eine stärkere europäische Integration

Die Oberbürgermeister/-innen, Bürgermeister/-innen, Landräte und Landrätinnen und Mandats- und Verantwortungsträger/-innen der europa-engagierten Städte, Kreise und Gemeinden nehmen mit großer Sorge Stellung zu den krisenhaften Entwicklungen auf unserem Kontinent.

Europa steht am Scheideweg

Über 5 Mio. Jugendliche sind in der EU ohne Arbeit. Die Krise überschuldeter öffentlicher Haushalte droht zu einer Gefahr für den Euro und die Europäische Union zu werden. Die Menschen haben Angst, um ihre Arbeitsplätze, soziale Absicherung und Zukunftsperspektiven. Das lässt viele in den europäischen Staaten am Erfolgsmodell „Europa“ zweifeln. Doch die Ursachen für diese Krisen sind nicht „Europa“, sondern das Versagen der nationalen Regierungen und die Schwäche der politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene. Ein Rückfall auf nationalstaatliche Einzellösungen wird deshalb die Krisen nur verschlimmern. Zur Lösung der Probleme brauchen wir nicht weniger, sondern ein mehr an europäischer Integration!

Es ist gemeinsame Aufgabe aller politisch Verantwortlichen, die großen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses viel deutlicher zu kommunizieren und die Vorteile für uns im Alltagsleben herauszustellen. So gab es noch nie eine so lange Friedensperiode in Deutschland. Jeder kann frei in Europa reisen, arbeiten und leben. Der Euro ist nach wie eine stabile Währung, die weltweit anerkannt ist. Erfolge beim Umwelt- und Verbraucherschutz, die Hilfen beim Aufbau Ost durch europäische Strukturmittel und nicht zuletzt die große Zahl von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und Wohlstand in Deutschland durch den europäischen Binnenmarkt dürfen nicht vergessen werden.

Regieren in Partnerschaft

Die zentralen Herausforderungen, denen wir uns künftig mehr denn je stellen müssen, können nur gemeinschaftlich erfolgreich angepackt werden. Die Ziele der Strategie Europa 2020, die die Staats- und Regierungschefs, die EU-Kommission und das Europäische Parlament beschlossen haben, können wir nur dann erreichen, wenn alle politischen Ebenen, die europäische, nationale, regionale und lokale sowie die Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten. Denn eine erfolgreiche Politik in Europa bedarf ganzheitlicher Strategien für die zentralen Politikfelder, die in 7 Leitinitiativen zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 beschrieben sind: Wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Migration und Integration, Gestaltung des demografischen Wandels, Umweltschutz und Energiepolitik etc. Diese politischen Aufgaben lassen sich nicht zentralistisch durch EU-Institutionen und nationale Regierungen anpacken. Immer ist eine Zusammenarbeit notwendig, die sich in Form von vertraglich vereinbarten horizontalen wie vertikalen Netzwerken organisieren lässt. Dabei bringen die einzelnen Partner ihre rechtliche und fachliche Kompetenz ein, ohne auf rechtliche Zuständigkeiten zu verzichten. Damit bleibt der Grundsatz der Subsidiarität gewahrt. Um die politischen Aufgaben, seien es Arbeitsplätze für Jugendliche, Integration, Umweltschutz etc. effizient und ganzheitlich anzupacken, bedarf es einer neuen politischen Kultur der Zusammenarbeit: Ein Regieren in Partnerschaft. Sie ist ausdrücklich im Lissabon-Vertrag angelegt und eröffnet eine neue Qualität der Mitwirkung der Zivilgesellschaft im Sinne eines „Europas der Bürger“.

Wir müssen im Sinne des Regierens in Partnerschaft den Einigungsprozess weiter vorantreiben und gerade zweifelnden Jugendlichen eine Perspektive von einem sinnhaften Leben und Arbeiten in der europäischen Wertegemeinschaft geben. Hierzu können die Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten. Über kommunale Partnerschaften kann der Einigungsprozess in Europa immer weiter vorangetrieben werden, da sich viele Menschen europaweit mit ihren Kommunen und ihren Regionen identifizieren.

Europäische Finanzunion für einen stabilen Euro

Es muss gewährleistet sein, dass die gemeinsam vereinbarten Stabilitätskriterien für den Euro auch künftig eingehalten werden. Dazu brauchen wir **eine mutige und entschlossenen Weiterentwicklung der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union**. Die Debatte über eine gemeinsame Fiskalunion führt in die richtige Richtung und muss inhaltlich konkret gestaltet werden. Die gemeinsame Währung Euro ist im globalen Wettbewerb künftig mehr denn je eine wichtige Säule für den wirtschaftlichen Erfolg aller EU-Staaten. Sie darf daher nicht infrage gestellt werden.

Schuldenbremse für alle EU-Länder

Die Schuldenkrise betrifft alle Länder in der EU. Dies gilt auch für Deutschland als größter europäischer Wirtschaft, die maßgeblich vom Binnenmarkt profitiert. Auch in Deutschland brauchen wir ein Bündnis für Finanzverantwortung und Nachhaltigkeit, damit es uns politisch gelingt, endlich einen dauerhaften Weg aus dem Schuldenstaat zu finden und nicht immer mehr Lasten auf die nachfolgenden Generationen zu übertragen. Deshalb brauchen wir in allen EU-Staaten eine rechtlich vereinbarte „Schuldenbremse“.

Die Finanzkrise ist nicht zuletzt eine Krise der Finanzierbarkeit überschuldeter öffentlicher Haushalte. Seit langem warnen vor allem die Kommunen in Europa davor, mit der Überschuldung die politische und gesellschaftliche Gestaltungsmacht der öffentlichen Hand zu riskieren. Es waren und sind die Kommunen, die eine umfassende Verwirklichung des Konnexitätsprinzips fordern: Wer bestellt, der bezahlt! Viel zu lange wurden staatliche Leistungen versprochen und eingeführt, deren langfristige Finanzierung nicht gesichert war und ist. Wir brauchen leistungs- und finanzstarke öffentliche Gebietskörperschaften überall in Europa, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Es ist deshalb gelebte europäische Solidarität, die nationale Verantwortung für erforderliche Anpassungen anzuerkennen und die Haushalte zu sanieren.

Finanzmärkte regulieren

Die internationale Finanzkrise wurde auch durch international agierende und spekulierende Banken und Finanzunternehmen mit verursacht. Die Kommunen treten ein für eine soziale Marktwirtschaft in Europa und der Welt, in der Markt und Wettbewerb stattfinden auf der Grundlage nötiger öffentlicher Kontrolle und Regulierung. Implizite Staatsgarantien für systemrelevante Großbanken unter dem Stichwort „too big to fail“ müssen künftig verhindert werden.

Sparkassen – wichtiges Element der sozialen Marktwirtschaft

Ein Baustein der sozialen Marktwirtschaft sind öffentliche Finanzdienstleistungen, die jedermann zugänglich sind. **In Deutschland stehen dafür die Sparkassen, die in der Region verankert und durch eine kommunale Trägerschaft gesichert sind. Sie verbinden die Kreditversorgung von Gewerbetreibenden, von Handwerkern, kleineren und mittelständischen Unternehmen mit** Bankdienstleistungen für alle Verbraucher mit dem Ziel des eigenen wirtschaftlichen Erfolges, aber nicht der alleinigen Gewinnmaximierung. Die Krise der Finanzinstitute hat gezeigt, wie sichtig das Sparkassenmodell für die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland ist. Deshalb sollte dieses Modell künftig über Deutschland hinaus integraler Bestandteil des europäischen Bankensystems sein.

Krise als Chance für Europa gestalten

Nur in Solidarität, mit gemeinsamen Anstrengungen und einer Konzentration auf die zentralen Herausforderungen werden wir unsere Zukunft in Frieden und Wohlstand in Europa sichern. Aus der Krise der Mitgliedsstaaten erwächst deshalb die Chance und Notwendigkeit für ein besser integriertes Europa, um uns im globalen Wettbewerb behaupten zu können. Dabei steht Deutschland als wirtschaftsstärkstes und größtes Land in einer besonderen Verantwortung. Dieser Verantwortung wollen wir uns als Kommunen und Regionen stellen und unseren Teil für die notwendigen Anpassungsprozesse beitragen, damit die gemeinsame Vision eines starken, zukunftsfähigen Europas Wirklichkeit werden kann.

Halle, den 08. Dezember 2011